01.12.2015

Entschließungsantrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zum Antrag der CDU „Ausbildung von Gebärdensprachdolmetscher(n)/-innen und Gebärdensprachdozent(inn)en in Nordrhein-Westfalen sicherstellen“ (Drs. 16/10304)

Qualifizierung von Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetschern sowie anderen Kommunikationshelferinnen und -helfern beschleunigt auf den Weg bringen

I. Ausgangslage

In Nordrhein-Westfalen leben rund 280.000 hochgradig schwerhörige, 12.000 gehörlose und 1.900 taubblinde Menschen. Von zentraler Bedeutung für die gesellschaftliche Teilhabe schwerhöriger, gehörloser und taubblinder Menschen ist die Sicherstellung notwendiger Voraussetzungen für die Kommunikation mit anderen Menschen.

Grundlegend hierfür ist eine ausreichende Zahl von Kommunikationshelfern wie z. B. Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetschern, Schriftdolmetscherinnen und -dolmetschern sowie Taubblindenassistentinnen und -assistenten. Sie ermöglichen als Vermittlerinnen und Vermittler die Übersetzung deutscher Lautsprache in eine für schwerhörige, gehörlose und taubblinde Menschen wahrnehmbare Sprache (z. B. deutsche Gebärdensprache, Lormen, taktiles Gebärden etc.).

Kommunikationshelferinnen und -helfer sind überall dort notwendig, wo gesprochene Sprache für gehörlose, schwerhörige und taubblinde Menschen übersetzt werden muss und umgekehrt, z. B. bei Versammlungen im Betrieb, Besprechungen am Arbeitsplatz, Elternabenden, Aus- und Weiterbildungen, Behörden, der Polizei, vor Gericht, bei Rechtsanwalts-, Notar-, Versicherungs- und Arztterminen, bei kulturellen oder politischen und parlamentarischen Veranstaltungen.

Zur Unterstützung der gleichberechtigten und wirksamen Teilhabe der sinnesbeeinträchtigten Menschen in Nordrhein-Westfalen muss deshalb die Qualifikation von Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetschern, Schriftdolmetscherinnen und -dolmetschern sowie Taubblindenassistentinnen und -assistenten – sowohl im Hinblick auf die erforderliche Zahl, als auch bezüglich der Qualität der Ausbildung – auf eine verlässliche Grundlage gestellt

Datum des Originals: 01.12.2015/Ausgegeben: 02.12.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

werden. Dabei sind die unterschiedlichen Bedürfnisse hörgeschädigter, gehörloser und die besonderen, herausfordernden Teilhabebedarfe taubblinder Menschen zu berücksichtigen.

II. Der Landtag stellt fest:

Die Landesregierung hat unter Beteiligung der Organisationen und Verbände der Menschen mit Behinderungen folgende notwendige Schritte zur Verbesserung der Teilhabesituation gehörloser, schwerhöriger und taubblinder Menschen eingeleitet:

- Erstellung der Studie zur „Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Hörschädigungen in unterschiedlichen Lebenslagen in Nordrhein-Westfalen“ an der Universität Köln im Auftrag der Landesregierung,
- Schaffung einer Regelung zur Unterstützung gehörloser Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Elternrechte im Entwurf des „Ersten Allgemeinen Gesetz zur Stärkung der sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen“ sowie
- Vorbereitung der Einrichtung eines Kompetenzzentrums für sinnesbehinderte Menschen.

Im nächsten Schritt muss jetzt dafür gesorgt werden, dass für die Sicherstellung der gesellschaftlichen Teilhabe notwendige Hilfen für die Kommunikation dieser Menschen geschaffen werden und dabei die unterschiedlichen Hilfebedarfe der Zielgruppen berücksichtigt werden.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. gemeinsam mit den Organisationen und Verbänden der schwerhörigen, gehörlosen und taubblinden Menschen ein Konzept zu entwerfen, auf dessen Grundlage eine ausreichende Zahl von Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetschern, Gebärdensprachlehrkräften, Schriftdolmetscherinnen und -dolmetschern und Taubblindenassistentinnen und -assistenten qualifiziert werden kann;
2. darauf zu achten, dass neben Vollzeitausbildungen grundsätzlich auch berufsbegleitende Angebote der Qualifizierung sowie auch spezielle Fort- und Weiterbildungsangebote entwickelt werden;
3. zu prüfen, ob Informationen über Ansprüche auf Kommunikationshilfen und die Vermittlung entsprechender Dienstleisterinnen und Dienstleister landesweit gebündelt werden können;
4. gemeinsam mit den Hochschulen zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen sich ein Studiengang Gebärdensprachdolmetschen an einer nordrhein-westfälischen Hochschule einrichten lässt.

Norbert Römer
Marc Herter
Michael Scheffler
Josef Neumann
Dietmar Bell

und Fraktion

Mehrdad Mostofizadeh
Sigrid Beer
Martina Maaßen
Manuela Grochowiak-Schmieding
Dr. Ruth Seidl

und Fraktion